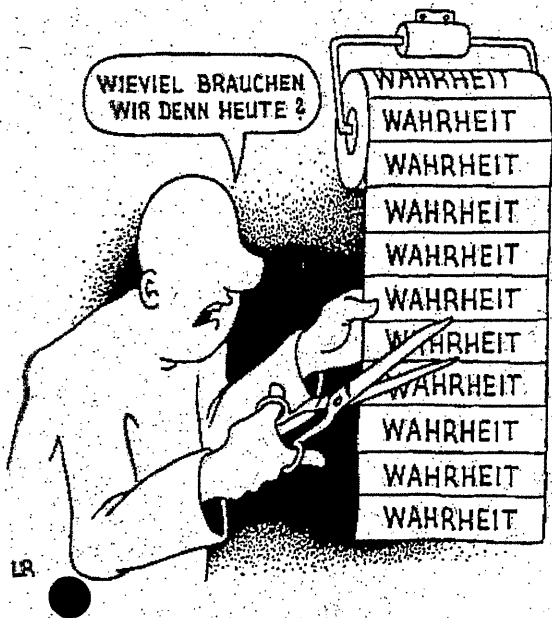




„Lügenausschuß“

Kartell des Schweigens

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt mußte sich am 10. April vor dem Untersuchungsausschuß „Wahlbetrug“ des Bundestags verantworten. Noch am 12. September hatte sie vor Fernsehkameras behauptet, die großen Kassen würden nicht mit Beitragserhöhungen rechnen. Eine Erhöhung des durchschnittlichen Satzes sei daher unwahrscheinlich. Steckten Ersatzkassen und Bundesversicherungsamt (BVA) im Wahlkampf mit der Regierung unter einer Decke und haben sie gemeinsam Bürger und Beitragszahler getäuscht?

Unter Federführung des Unions-Ausschußobmannes Peter Altmaier und des FDP-Politikers Hans-Joachim Otto warf die Opposition der Ministerin vor, im Wahlkampf Warnungen der Krankenkassen in den Wind geschlagen und das Defizit der Gesetzlichen Krankenversicherung vertuscht zu haben.

Pleite verheimlicht?

Im Wahlkampf steckten offenbar viele Kassen tief in der Kreide. In einem Brief des Bundesversicherungsamtes (BVA) vom 28. August 2002 hat sich die Kassenaufsicht auf „Anfragen verschiedener Kreditinstitute“ bezogen, bei denen sich finanziell angeschlagene Kassen im Sommer 2002 Geld leihen wollten. In dem Schreiben hat das BVA die GKV-Spitzenverbände darauf hingewiesen, daß Krankenkassen keine Kredite aufnehmen dürfen, sondern ihre Beiträge so bemessen müssen, daß Ausgaben und Rücklagen gedeckt sind. Das Amt hat den Kassen auch dringend empfohlen, zu prüfen, ob sie ihre Beitragssätze anheben müssen. Erst nachdem dieser Brief aus anderen Quellen bekannt wurde, lieferte das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) das Schreiben nachträglich an den Lügenausschuß mit der Begründung, es habe „keinen Bezug zum Beweisthema“.

Von den Ersatzkassen gedeckt

Weitere Ungereimtheiten kamen eine Woche vor der Vernehmung der Ministerin ans Licht, als der Ausschuß Vertreter von Krankenkassen

und Beamte aus Schmidts Ministerium befragte. Der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Angestellten-Krankenkassen, Herbert Rebscher, versuchte, die Ministerin zu entlasten: Zwar hätten sich schon zur Jahresmitte Faktoren einer negativen Finanzentwicklung abgezeichnet, aber weder das Defizit der Krankenkassen noch die in Folge notwendigen Beitragserhöhungen seien vor der Bundestagswahl absehbar gewesen. Naivität oder Lüge? Immerhin hatte der Vorsitzende des Verbandes der Betriebskrankenkassen, Wolfgang Schmeinck, bereits vor der Wahl prophezeit, der durchschnittliche Beitrag werde 2003 auf 14,3 Prozent des Bruttolohns steigen. Der Durchschnittsbeitrag liegt mittlerweile bei 14,4 Prozent und könnte noch in diesem Jahr auf über 15 Prozent steigen.

Haarsträubende Unfähigkeit

Sauer reagierte der Chef des BKK-Landesverbandes Bayern, Gerhard Schulte, auf die beharrliche Fehleinschätzung seines Ersatzkassen-Kollegen: „Wenn Rebscher vor dem sogenannten Lügenausschuß des Bundestages am vergangenen Donnerstag behauptet hat, die Gesetzliche Krankenversicherung hätte im September nicht gewußt, wie es um ihre Finanzlage steht, dann stehen mir die Haare zu Berge. (...) Ich will ja nicht behaupten, daß der VdAK unfähig ist.“ Im Untersuchungsausschuß verteidigte sich Schmidt gegen den Vorwurf der Wählertäuschung mit dem Hinweis, das Finanzergebnis sei von niemandem vorhersehbar gewesen.

Dennoch mußte sie letztlich eingestehen, daß schon Mitte 2002 ein Anstieg der Arzneimittelausgaben zu verzeichnen gewesen sei. Schließlich hatte der zuständige Referatsleiter im Gesundheitsministerium bereits am 30. August notiert, daß für das Jahr 2002 nicht, wie geplant, mit einer Verringerung der Arzneimittelausgaben um 4,6 Prozent zu rechnen sei, sondern mit einer Steigerung um 4 Prozent.

Schmidt in Erklärungsnot

Ulla Schmidt blieb auch nichts anderes übrig, als zu bestätigen, der AOK-Vorsitzende von Baden-Württemberg, Roland Sing, habe am 5. August 2002 gegenüber dem Ministerium in einem Brandbrief angekündigt, seine Kasse müsse den Beitrag zum 1. Januar 2003 anheben „und damit nahe der 15-Prozent-Marke landen. Diese Prognose gilt auch für weitere AOKs.“ Sing forderte einen „Paradigmenwechsel in der Gesundheitspolitik“. Das Ministerium reagierte mit einer „Sprachregelung“ und empfahl, „nach gegenwärtigem Erkenntnisstand von einem insge-

samt ausgeglichenen Finanzergebnis auszugehen“. Auf dieser Basis sei ein Beitragssicherungsgesetz entbehrlich, heißt es in einem Ministeriumsvermerk vom 28. August 2002.

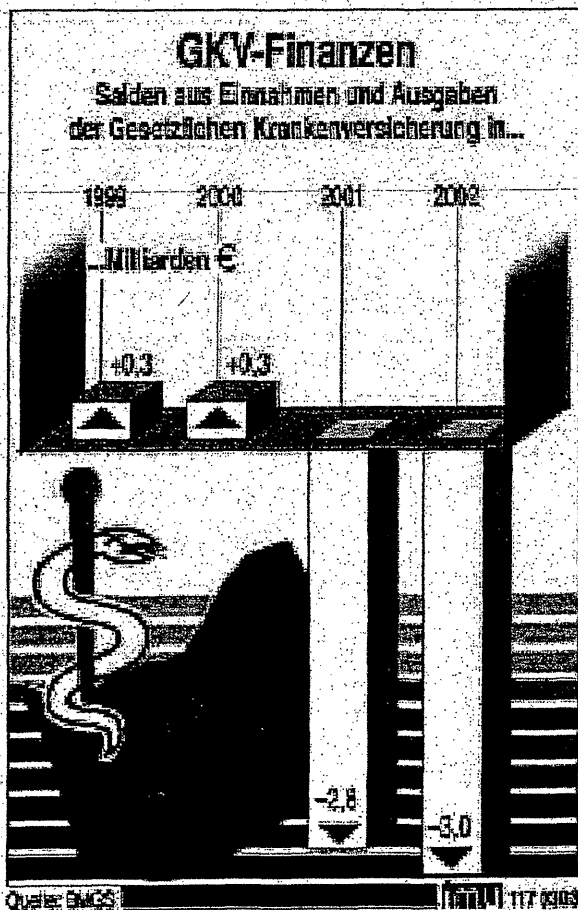
Schmidt soll in Erklärungsnot geraten sein, als sie gefragt wurde, weshalb sie acht Tage nach der Wahl ein sogenanntes Vorschaltgesetz angekündigt hat, um den Kostenanstieg im Gesundheitswesen zu bremsen. Laut „Süddeutsche Zeitung“ war sie nicht in der Lage, schlüssig darzulegen, daß sich in dieser kurzen Zeit die Datenlage grundlegend geändert habe. Während der Ausschuß-Sitzung mußte die Ministerin jedoch einräumen, sie habe den zuständigen Bundestagsausschuß nicht darüber informiert, daß der Schätzerkreis für die Krankenversicherung bereits Anfang September für das Jahr 2002 ein GKV-Defizit in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro prognostiziert hatte.

Politische Bankrotterklärung

Der Wahlbetrugsausschuß-Vorsitzende Klaus-Uwe Benneter (SPD) konfrontierte die Ministerin mit Zitaten, in denen sie die Lage des Gesundheitssystems im Wahlkampf positiv beurteilt hatte. Schmidt rechtfertigte sich, die großen Kassen hätten stets beteuert, das Beitragsniveau werde stabil bleiben: „Dann kann ich doch nicht sagen, ich glaube denen einfach nicht“. Altmaier sprach in diesem Zusammenhang von einem „Schweigekartell“. Bei einer wahrheitsgetreuen Information der Öffentlichkeit hätten die klammen Kassen um ihre Mitglieder und die Bundesregierung um Wählerstimmen fürchten müssen. Die Opposition behielt sich auch vor, Schmidt ein zweites Mal vor das Gremium zu zitieren. Sie sei als Bundesgesundheitsministerin nicht mehr tragbar. Die Union steht damit nicht allein. „Die Bundesregierung hat auf die Finanzentwicklung kaum Einflußmöglichkeiten“ bekannte Schmidt vor dem Lügenausschuß. „Der Spiegel“ bewertet dies als „politische Bankrotterklärung“.

„In Wirtschaftsunternehmen müssen Chefs bei erwiesener Erfolglosigkeit den Hut nehmen“ (O-Ton BMGS). Daran sollte vielleicht auch Ulla Schmidt einmal denken.

Julika Sandt



Diese Informationen werden Ihnen vom **Media-Daten Verlag** dargestellt!
Bei Fragen zu KZVB-EXPRESS wenden Sie sich bitte an den **KZVB, Kassenzahnärztliche
Vereinigung Bayerns**.

KZVB-EXPRESS

nicht IVW-geprüft

Druck:	11.700	Tarif Nr.:	5	vom:	01.07.03
Abo:	11.500	Preise 1/1 S. s/w:	1.800,00 EUR	4farbig:	3.150,00 EUR
Verkauft:	11.500	EVP:	0,00 EUR	Erscheint:	14 täglich
Verbreitet:	11.500			Gegründet:	1999
		Verlag:	KZVB, Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns		

Sie benötigen weitere Details? Die vollständigen Tarif-Informationen mit sämtlichen planungsrelevanten Daten und höchstem Bedienkomfort bieten Ihnen unsere folgenden Produkte:

- Offline, die CD-ROM MEDIA-DATEN DIGITAL

Letzte Aktualisierung am: 25 Aug 2003
© 2003 Media-Daten Verlag